

Zeitschrift: Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein
Herausgeber: Schweizer-Verein im Fürstentum Liechtenstein
Band: - (1977)
Heft: 4

Rubrik: Wahlen in die oberste Landesbehörde

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WÄHRUNGSGESPRÄCHE

Gespräche in Bern / Mitteilung der Presse- und Informationsstelle der Fürstlichen Regierung vom 11.11.1977.

Am 8. und 9. November haben in Bern Verhandlungen zwischen einer schweizerischen Delegation unter Leitung von Botschafter Emanuel Dietz, Leiter der Direktion für Völkerrecht des Eidg. Politischen Departementes und einer liechtensteinischen Delegation unter Leitung von Regierungschef Dr. Walter Kieber über eine engere Gestaltung der währungspolitischen Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein stattgefunden. Auf schweizerischer Seite waren die Nationalbank, das Finanz- und Zolldepartement und das Justiz- und Polizeidepartement beteiligt.

Aufgrund der Tatsache, dass der Schweizerfranken die gesetzliche Währung des Fürstentums Liechtenstein ist, sollen zwischen den beiden Staaten vertragliche Abmachungen getroffen werden, die die heute bestehenden Regelungen auf einer neuen Grundlage weiterführen und ausbauen. Dabei kamen auch mit dem Schutz der Währung zusammenhängende Probleme des Gesellschaftsrechts zur Sprache. Die Verhandlungen werden im Frühjahr 1978 weitergeführt.

WAHLEN IN DIE OBERSTE LANDESBHÖRDE



zum neuen Bundespräsidenten:
Willi Ritschard

Geboren am 28. September 1918 in Oberhofen BE und Luterbach SO. Lehrzeit als Zentralheizungsmonteur, 1943: Sekretär des Schweiz. Bau- und Holarbeiterverbandes. 1947 bis 1959 Gemeindeammann von Luterbach. 1964 Mitglied des Regierungsrates von Solothurn. Vorsteher des Finanz- und Zolldepartementes. 1955 bis 1963 Mitglied des Nationalrates 1954 bis 1963 nebenamtlicher Präsident des solothurnischen Gewerkschaftskartells. 1965 bis 1973 Mitglied des

Verwaltungsrates der Schweizerischen Bundesbahnen. Am 5. Dezember 1973 als Nachfolger von Prof. Dr. Tschudi zum Mitglied des Bundesrates gewählt.



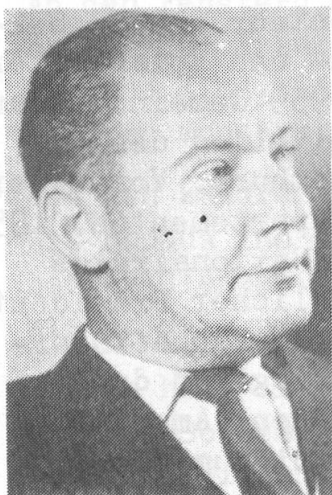
zum neuen Bundesrat: Fritz Honegger

Geboren 25. Juli 1917 in Bischofszell. Bürger von Fischenthal und Rüschlikon. Primar- und Sekundarschule in Zürich. Studium an der Universität Zürich (Doktorat). Von 1942 bis 1944 Sekretär bei der Schweiz. Uhrenkammer. 1944 bis 1961 Sekretär der Zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft. Seit 1961 Direktor der Zürcher Handelskammer. Mitglied des Ständerates seit 1967. Militär: Oberst der Infanterie.



zum neuen Bundesrat: Jean-François Aubert

Geboren am 11. Mai 1931 in Peseux NE. Bürger von Savagnier NE. Studium der Rechte in Neuenburg, Tübingen, Paris und Ann Arbor (Michigan). Ausserordentlicher Professor für Verfassungsrecht an der Juristischen Fakultät der Universität Neuenburg seit 1956, ordentlicher Professor seit 1962, Nationalrat seit 1971.



zum neuen Nationalratspräsidenten: Alfred Bussey.

Geboren am 10. Nov. 1915 in Vevey. Buchdruckerlehre, anschliessend Vorlesungen an der Universität Lausanne. Dienstchef in der Verwaltung. Stadtrat seit 1958, zuerst Polizei- und Gesundheitsdirektor, von 1962 bis 1973 Finanzdirektor. Mitglied des waadtländischen Grossen Rates von 1945 bis 1967. Nationalrat seit 1967.



zum neuen Ständeratspräsidenten: Robert Reimann.

Geboren am 17. Dezember 1911 in Wölflinswil (AG). Mitarbeiter bei Brown, Boveri in Baden. Von 1937 bis 1961 Gemeindeammann in Wölflinswil und von 1941 bis 1965 Mitglied des aargauischen Grossen Rates (Präsident 1961/62). Nationalrat von 1955 bis 1963. Mitglied des Ständerates seit 1963.

WIR GRATULIEREN DEN GEWÄEHLTEN HERZLICH UND WÜNSCHEN IHNEN IN IHRER VERANTWORTUNGSVOLLEN TAETIGKEIT VIEL GLUECK UND ALLES GUTE.

Zum Rücktritt von Frau Blunschy, erste Präsidentin des schweizerischen Nationalrates.

Als höchste Amtsperson der Schweiz, trat Frau Blunschy als erste Präsidentin des schweizerischen Nationalrates auf Ende des laufenden Amtsjahres zurück, um den Stuhl dem neuen Präsidenten, Alfred Bussey, zu übergeben. Die Amtszeit habe ihr viele wertvolle Kontakte gebracht, sei aber doch mit einer grossen Belastung an Arbeit und Zeitaufwand verbunden gewesen, erklärte Elisabeth Blunschy in einem Interview mit dem Pressedienst ihrer Partei (cvp). Eines habe sie manchmal bedrückt: die vielen leeren Sitze und die "geistige" Absenz im Saal

Nach der Ansicht von Frau Blunschy ist das Präsidium des Nationalrates doch weitgehend eine formale Aufgabe. Dies führe dazu, dass man - ohne Stimmrecht und ohne Mitarbeit in den Kommissionen - in der Behandlung von Sachfragen "in einem gewissen Sinne kaltgestellt" werde. Andererseits dürfe man die Repräsentationsbedeutung des Amtes nicht unterschätzen. Besonders als Frau habe sie zudem in ihrer Funktion einen sehr engen Kontakt zu den Anliegen breiter Bevölkerungsschichten erhalten.